

FLÜCHTLINGE

Arbeit für die Flüchtlinge



"Seitens der Regierung wird seit dem Frühling immer nur von der Rückkehr der Flüchtlinge gesprochen. Wir wollten wissen, was die Öffentlichkeit zum Thema Flüchtlinge denkt," erklärt Serge Kollwelter, Präsident der ASTI, den Grund der Umfrage. Neben ihm Laura Zuccoli und Jean Lichtfuss, Mitglieder des Verwaltungsrates der ASTI. (Foto: Christian Mosar)

Diesen Mittwoch hat die ASTI eine Studie der ILReS zur öffentlichen Meinung über Flüchtlinge vorgestellt. Hat die Regierung nichts als Rückführung der Flüchtlinge im Sinn, scheint die öffentliche Meinung zu einem großen Teil in eine andere Richtung gehen.

In nur wenigen Wochen jährt sich die Operation Milano. Damals haben sich viele in Luxemburg lebende Menschen mit den Flüchtlingen solidarisiert und waren bestürzt über deren Zwangsausweisung. Heute geht es in der Diskussion seitens der Regierung vornehmlich um Rückführung der Flüchtlinge, die zum größten Teil aus dem Montenegro kommen.

Ob aber auch die Bevölkerung Luxemburgs der Meinung ist, dass die Flüchtlinge so schnell wie möglich nach Hause geschickt werden sollten, steht auf einem anderen Blatt. Was die Menschen in Luxemburg unter vielerlei Aspekten in puncto Flüchtlinge denkt, hat die ILReS im Auftrag der ASTI herausgefunden.(*). Die Ergebnisse widersprechen in vielen Punkten der momentanen Stimmungsmache der Regierung.

Einer der offenkundigsten Aspekte ist der Punkt der tem-

porärer Arbeitserlaubnis für Flüchtlinge. Dass Flüchtlinge in Luxemburg nicht arbeiten dürfen, wissen laut Umfrage zwei Drittel der LuxemburgerInnen. Ausnahmeregelungen, wie es sie hier schon gab, wird es laut Regierung in Zukunft nicht geben.

Die überwältigende Mehrheit der Befragten, nämlich 89 Prozent, sind aber dafür, den Flüchtlingen zumindest eine temporäre Arbeitserlaubnis zu gewähren. RTL-Television bat Minister Frieden bereits um eine Stellungnahme. Es würden nur noch mehr Flüchtlinge kommen, wenn bekannt würde, dass sie in Luxemburg arbeiten dürfen, sagte der Minister. Er verwies auf die Nachbarländer, in denen das auch nicht erlaubt sei. Außen vor ließ er, dass die wirtschaftliche Situation in Luxemburg eine andere ist als in den angrenzenden Staaten und der hiesige Arbeitsmarkt die Flüchtlinge durchaus verkraften würde. Eine diesbezügliche Frage an den Minister wurde durch seine Sekretärin mit den Worten: "Der Minister ist nicht zuständig," beantwortet.

Genug Arbeit ist da

69 Prozent der Bevölkerung meinen übrigens, es gebe auch für Flüchtlinge genug Arbeitsplätze in Luxemburg. Gerade die ArbeiterInnen, die wegen der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt Bedenken haben könnten, befürworten zu 55 Prozent die Integration der Flüchtlinge über eine Arbeitserlaubnis.

Bestimmt trägt auch die von der Regierung immer wieder angefachte Diskussion über Rückführungen dazu bei, dass 46 Prozent der Befragten meinen, es gebe zu viele Flüchtlinge in

Luxemburg. Ein Drittel ist aber nicht der Meinung, es gebe nicht zu viele.

Ein weiterer wichtiger Punkt der Studie ist ein Thema, das immer wieder polemisiert wird: die Kriminalität. Eine der zentralen Thesen, die teilweise unterschiedlich auch seitens der politischen Parteien geführt wurde, lautete dabei: Seit mehr Flüchtlinge ins Land gekommen sind, ist die Kriminalitätsrate gestiegen. Justizminister Frieden verneinte diese These bereits und sagte deutlich auf einem Rundtischgespräch in Wiltz, dass die Kriminalitätsrate nicht gestiegen sei. 53 Prozent der Bevölkerung glauben aber an eine Zunahme. Konkrete Vorfälle mit Flüchtlingen hatten jedoch nur neun Prozent der Befragten, wobei es bei der Hälfte der "Incidents" um Wortgefechte ging.

"91 Prozent der Bevölkerung hatten somit noch nie Probleme mit Flüchtlingen, was wir generell als positiv bewerten," sagt Jean Lichtfuss, Mitglied des Verwaltungsrates der ASTI. Über die Hälfte der Menschen, haben den Eindruck, dass die Kriminalität gestiegen ist. Dies sei aber ein subjektives Empfinden, so der ASTI-Vertreter. Die Studie hat außerdem gezeigt, dass die Angst schwindet, sobald ein persönlicher Kontakt besteht, was vornehmlich in den kleinen Gemeinden der Fall ist. Lichtfuss fordert vom Ministerium, dass die Öffentlichkeit noch einmal über die reale Entwicklung der Kriminalität aufgeklärt wird.

"Stoppt endlich diesen Diskurs, der das Thema Flüchtlinge nur auf die Rückführung reduziert," ist eine der zentralen Thesen der ASTI. Nach wie vor muss die Situation in Montenegro in der Diskussion bleiben. Die sei sicher, sagt die Regierung und verweist auf den OIM-Bericht. Nicht nur, dass dieser Bericht nach Gutdünken der Regierung ausgelegt wurde, es wird auch gemunkelt, dass er zensiert worden sei. Nächste Woche wird die Montenegro-Studie, die Karin Waringo im Auftrag der Caritas erstellt hat, detailliert vorgestellt. Ihre Untersuchung zeigte, dass die Situation im Montenegro gar nicht sicher ist und die Wirtschaft am Boden liegt. Auch aktuelle Berichterstatte des UNHCR hat die ASTI angekündigt.

Insgesamt müsse sich die Regierung die Frage stellen, wie lange eine Rückführung überhaupt vertretbar sei, sagt ASTI-Präsident Serge Kollwelter. Ganz deutlich fordert die Organisation Konsequenzen aus dem Ergebnis der Studie: Eine temporäre Arbeitserlaubnis für Flüchtlinge – jetzt.

Melanie Weyand

(*). Zwischen dem 11. und 15. September, also vor den Wahlen in Ex-Jugoslawien am 24., wurden 500 Personen telefonisch befragt.

Déi Gréng, souverainistes?

"Non à la privatisation de l'éducation, de la santé et de la culture", c'est le titre d'un communiqué des Verts luxembourgeois. Ils proposent une motion invitant le Gouvernement à ne pas étendre les compétences de la Commission européenne dans ces domaines. En effet, si le sommet de Nice mandait la Commission pour les négociations à l'OMC, les vues libérales du commissaire Lamy et des lobbies risqueraient de prendre le dessus. En citant des exemples comme l'AMI, les Verts affirment: "Sans le droit de veto des Etats membres, il n'aurait pas été possible d'éviter ces pertes d'acquis écologiques et sociaux."

Vive le veto, donc? Oublié, le modèle "Fischer" d'une fédération européenne? Comme pour la question du nombre de député-e-s luxembourgeois-e-s, les Verts sont-ils encore en train de trahir les principes démocratiques au nom d'un intérêt supérieur? Il n'en est rien. Car ils précisent que le changement de compétence "n'est acceptable que si les pouvoirs de contrôle du parlement national et européen sont étendus et si la procédure de négociation des accords commerciaux est plus transparente."

Prima Klima in der EU

"Ermutigend", kommentierte der Europa-Abgeordnete Claude Turmes am Donnerstag die Abstimmungen des Europaparlaments zur Klimapolitik. In Straßburg wurde eine Resolution verabschiedet, die, so Turmes, die Verhandlungsposition der EU-Kommission in Den Haag stärken wird. Dort wird ab dem 13. November zwei Wochen lang über Welt-Klima-Politik diskutiert.

In der Resolution wird Kernenergie als ein Teil der möglichen "flexiblen Mechanismen" zur Kohlendioxidreduktion abgelehnt. "Es ist beruhigend, dass die Atomlobby offensichtlich keinen großen Rückhalt im Europaparlament hat", stellt Turmes fest. Im Frühjahr hatte die EU-Kommission darauf hingewiesen, dass 13 von 15 Mitgliedstaaten ihre im Protokoll festgehaltenen Ziele im Hinblick auf die Begrenzung der Treibhausgase nicht einhalten können. In seiner Resolution fordert das Europa-Parlament die Überwachung und Kontrolle aller Emissionen und unterstreicht die Notwendigkeit, rasch rechtlich bindende Maßnahmen einzuführen, die die Mitgliedstaaten verpflichten, ihre Quoten einzuhalten. Die Kommission wird aufgefordert, sechs Monate nach der Konferenz in Den Haag spezifische Vorschläge vorzulegen und das Europäische Parlament über den Stand zu informieren.

Ärztestreik

"Provokation" nennt die "Association des médecins et médecins dentistes" (AMMD) die Weigerung der Regierung, das Gesetzesprojekt zurückzuziehen. Die ÄrztInnen sollen durch dieses Projekt an der Finanzierung der Krankenhäuser beteiligt werden. Deswegen verließen diese auch am Mittwochnachmittag die Krankenkassen-Quadruparte und beschlossen am gleichen Abend einen Warnstreik vom 2. bis zum 5. November. Eigentlich wollen sie viel mehr: eine Grundsatzdiskussion über das Gesetz von 1992 im Kontext eines grenzüberschreitenden europäischen Gesundheitsmarktes.

Klare Fronten gibt es in der Krankenkassendiskussion nicht. Die Gewerkschaften verlangen, die Eigenbeteiligung der PatientInnen, die seit Anfang des Jahres bei 22 Prozent liegt, wieder auf 20 Prozent zu senken. Trotz ausgeglichener Krankenkassenbilanz will das die Regierung wiederum nicht. Wenn aber diese Eigenbeteiligung als Beitrag der PatientInnen zur Sanierung bestehen bleibt, kommt der Gesundheitsminister nicht daran vorbei, wie 1999 abgemacht, auch einen Beitrag von den ÄrztInnen zu verlangen. Bestimmt hätte auch er jetzt Lust, ein paar Tage zu streiken.

